

HAUSHALTSREDE 2016

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Frau Ripka, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

auch in diesem Jahr kann die Fraktion der Grünen dem vorgelegten Haushalt und gerade auch dem Stellenplan zustimmen. Letzteren hätten wir sogar noch gerne ausgeweitet gesehen, etwa im Bereich der hauptamtlichen Sozialbetreuung für Geflüchtete oder bei der Schuldnerberatung. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, weshalb sich das Diakonische Werk - als hiesige Anbieterin der Schuldnerberatung - mit weniger als der im vergangenen Jahr durch dieses Haus beschlossenen 1,5 Stellen zufrieden gibt. Wartezeiten von acht Monaten und mehr auf einen Beratungstermin sind nicht nur für Schuldnerinnen und Schuldner völlig inakzeptabel, sie gefährden indirekt auch die Existenz vieler Betriebe und Einzelpersonen im Landkreis - wenn Menschen z.B. ihre Handwerkerrechnungen oder die Miete nicht mehr bezahlen können. In der FLZ war erst diese Woche zu lesen, dass nahezu jeder zehnte Haushalt verschuldet ist! Im kommenden Jahr muss u.E. in Erwägung gezogen werden, die Schuldnerberatung unter neuer - engagierterer - Federführung anzubieten.

Die robuste Konjunktur, anhaltend niedrige Kreditzinsen und unsere günstige Haushaltslage lassen notwendige Investitionen derzeit auch weiterhin sinnvoll erscheinen. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich der Landkreis mit diesem Haushalt die Sanierung weiterer Schulen vorgenommen hat. Auch die Immobilie ‚Jugendübernachtungshaus Markt Bibart‘ soll nun generalüberholt werden – allerdings wird sie in nächster Zeit nicht mehr für die verbandliche Jugendarbeit zur Verfügung stehen, was wir ausdrücklich bedauern. Das Haus wird – mit Einverständnis des KJR - vorläufig der Unterbringung von Asylbewerbern dienen. Der Landkreis befindet sich hier allerdings in einer ausgesprochenen Zwickmühle, das sehen wir natürlich auch. Er muss für alle Eventualitäten auch größere Unterkünfte bereithalten. Grundsätzlich hat er nun allerdings erfreulicherweise den Weg eingeschlagen, verstärkt kleinere Wohneinheiten anzumieten – und hat damit eine unserer zentralen Forderungen der Vorjahre erfüllt. Jedoch gab und gibt uns immer noch die personelle Unterbesetzung in Ausländer- uns vor allem Sozialamt zu denken. Doch darauf hat das Hauptverwaltungsamt mit seinem Stellenplan reagiert. Z. B. wurden zum dringend gebotenen Aquirieren von freistehenden Wohnungen Fachkräfte angestellt – dass eine dieser Personen einschlägige Sprachkenntnisse hat und ggf. zwischen den Mietparteien vermitteln kann, gilt es besonders lobend hervorzuheben.

Insgesamt nehmen wir bei der Landkreisverwaltung immer noch eine erfreulich unvoreingenommene und bürokratische Hemmnisse vermeidende Haltung sowie relativ rasches Handeln in der Flüchtlingsfrage wahr; der personelle Wechsel an der Spitze des Ausländeramtes mag dazu zusätzlich beigetragen haben.

Gerade weil zur angemessenen und menschenwürdigen Versorgung und Betreuung Geflüchteter immer häufiger auch das finanzielle Engagement der Gemeinden gefragt ist und gefragt sein wird, haben wir uns dem Appell unseres Kollegen Klein nicht entgegengestellt und wie die Mehrheit des Kreistags für eine weitere Absenkung der Kreisumlage gestimmt. Es

war uns aber wichtig, dass auch für das kommende Jahr ein größerer Betrag zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kreiskliniken eingeplant blieb.

Diese Maßnahme halten wir für unabdingbar, während wir nach wie vor daran zweifeln, ob der Titel ‚Gesundheitsregion plus‘ und die damit verbundenen hohen Ausgaben notwendig waren. Denn trotz etlicher, meist für teures Geld erstellter, breit angelegter Untersuchungen in verwandten Bereichen (Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Jugendhilfeplan, Nahverkehrsplan) vermissen wir immer noch echte, konkrete Verbesserungen. Als Negativbeispiel sei hier der ÖPNV genannt, wo wir etwa frühestens im Dezember 2018(!) mit mehr Bussen auf der Strecke Emskirchen-Herzogenaurach rechnen können – und das, obwohl wir uns seit geraumer Zeit und in zahlreichen Sitzungen auch mit diesem Einzelfall befasst haben. Dagegen können wir auf eine ‚Haltestellenkartierung‘ gerne verzichten! Ähnlich dürftige Ergebnisse befürchten wir für die ‚Gesundheitsregion‘ – auch wenn immer neue Powerpoint-Präsentationen, Berge von Papier und zahlreiche Flyer davon ablenken könnten.

Die Abfallwirtschaft dagegen sehen wir nach wie vor auf einem sehr guten Weg – wird doch das Erfolgsmodell ‚Wertstoffsammlung im Bringsystem‘ dank Ihrer mehrheitlichen, klaren Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen, beibehalten. Das neu entstehende Anlieferzentrum auf unserer zentralen Deponie in Dettendorf unterstützt dieses Konzept und ist deshalb eine sehr sinnvolle Investition.

Der neulich von der FLZ im Bild festgehaltene Holzeinschlag für die neue Bauschuttdeponie machte uns allerdings schmerzlich deutlich, dass der Naturschutz im Landkreis immer mehr an den Rand gedrängt zu werden droht – das zeigt übrigens auch der Stellenplan. Kaum jemand beklagt das - vielleicht auch unsere Fraktion zu selten.

Die Anstrengungen der Verwaltung zur Energieeinsparung in den landkreiseigenen Liegenschaften begrüßen wir als Grüne natürlich, ebenso wie das nun endlich angestoßene Klimaschutzkonzept. Nichtsdestoweniger ist festzustellen, dass trotz der Modernisierungsmaßnahmen im Schulzentrum Neustadt die Energieverbräuche angestiegen sind. Da der Stromverbrauch allgemein aufgrund aufwendigerer Gebäudetechnik zugenommen hat, muss dieser unbedingt durch Energiemanagement, gegebenenfalls auch von außen ‚eingekauft‘, überprüft und optimiert werden, um unser aller erklärtes Ziel, ‚100% erneuerbare Energie im Landkreis‘, zu erreichen.

In diesem Zusammenhang konnten wir auch nicht gutheißen, dass ausgerechnet die für das Neustädter Schulzentrum geplante Photovoltaikanlage für die Absenkung der Kreisumlage ‚geopfert‘ wurde. Wir gehen jedoch fest davon aus, dass diese nur ins nächste Haushaltsjahr ‚geschoben‘ wurde! Nach unserer Einschätzung waren die dafür eingeplanten Beträge allerdings ohnehin deutlich zu hoch angesetzt (für 100kW hätten höchstens 150.000€ genügt). Damit hätte man gleich Geld für 80.000kWh im Jahr, also insgesamt knapp 20.000€ einsparen können. Im Übrigen ist im Moment eine selbstgenutzte PV-Anlage die einzige Ausgabe, die wieder vollkommen zurück in die Kassen des Kreises fließt und in der zweiten Dekade die Stromkosten des Kreises deutlich reduzieren hilft!

Lieber hätten wir zusätzlich am Unterhalt des Landkreis-Fuhrparks gespart – dieser ist allerdings eine Marginalie im Vergleich dazu, welche immense Kostenlawine auf uns zurollen wird, wenn wir den ‚Modernisierungs‘wünschen der Feuerwehren und insbesondere ihrer Führung im Kreis nachgeben. Vielleicht müssen wir auch die ‚heilige Kuh‘ Freiwillige Feuerwehren irgendwann einmal auf den Prüfstand stellen!

Da wollen wir doch zum Schluss lieber eine Lanze für die Kulturbasisarbeit im Landkreis brechen, die uns sehr stiefväterlich behandelt zu werden scheint. Dass dem Zuschussantrag der Kreismusikschule nicht in voller Höhe stattgegeben wurde, können wir eben so wenig gutheißen wie die Tatsache, dass Kinder in unserem Landkreis für die Büchereibenutzung bezahlen müssen.

Wir wollen nicht versäumen, uns bei der Kämmerin für ihre hervorragende Arbeit, die stets verständliche Darstellung derselben und ihre Geduld bei unseren Nachfragen zu bedanken. Frau Ripka, Herr Landrat, liebe KollegInnen: Die Grüne Fraktion kann dem Haushalt trotz mancher Kritikpunkte zustimmen.

26. 2. 2016

Barbara Schwörer-Willis, Fraktionssprecherin